



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 21 der Tagesordnung: Margarete-Reinhardt-Platz in der Kapellenstraße

Antrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2024/0145

Beschluss:

Ablehnung des Antrags

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Ablehnung (4 JA-Stimmen, 34 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Bauausschuss am 18. April 2024 und im Kulturausschuss am 10. Oktober 2024.

Stadtrat Haug (KAL): Margarete Reinhardt war eine Karlsruher Frau, die eine herausragende individuelle Lebensleistung vollbrachte, indem sie den Karlsruherinnen und Karlsruhern in der bigotten, prüden Adenauer-Ära den Spiegel vorhielt. Mit ihrer Tatkraft erwies sie somit dem Gemeinwohl der Stadtgesellschaft von Karlsruhe einen großen Dienst. Und Margarete Reinhardt war eine ungehörige Frau. Margarete Reinhardt war eine unmoralische Frau. Margarete Reinhardt war keine tugendhafte Frau. Margarete Reinhardt war eine Frau aus dem Dörfle, also eine Frau aus der gesellschaftlichen Unterschicht von Karlsruhe. Darum war Margarete Reinhardt für viele in unserer Stadt eine anrühige Frau, eine Frau, mit der man nichts zu tun haben wollte. Margarete Reinhardt scherte sich aber einen Dreck um die Spießherren in der Beamtenstadt. Sie schämte sich nicht, sie versteckte sich nicht. So fuhr Margarete Reinhardt in ihrem Faschingswagen beim Umzug durch die Kaiserstraße, Flugzeuge mit Werbebanner ihrer Bars flogen über Karlsruhe. Sie selbst fuhr in ihrem pinken Cadillac durch die Stadt. Sie war eine Provokation, die aber faszinierte, denn Margarete Reinhardt hatte keine Angst vor der Obrigkeit.

Margarete Reinhardt war eine tatkräftige, selbstbewusste Frau. Margarete Reinhardt war eine unkonventionelle, unbequeme Frau. Margarete Reinhardt führte allen Widrigkeiten zum Trotz ein selbstbestimmtes Leben bis zu ihrem bitteren Ende. Margarete Reinhardt lebte ihre letzten Jahre in Einsamkeit und großer Altersarmut, wie viele alte Frauen auch

heute noch. Margarete Reinhardt ist bis heute, 40 Jahre nach ihrem Tod, immer noch eine Legende. Viele Karlsruher*innen erinnern sich noch stark an sie.

Doch Margarete Reinhardt ist auch 60 Jahre nach der Adenauer-Ära immer noch eine unbequeme Frau, die in kein bürokratisches Würdigungsraster passt. In Karlsruhe wurde bisher immer nur an Frauen erinnert, die aus heutiger Sicht einen guten Leumund hatten, die in das Raster von bürgerlichen Erfolgsvorstellungen, sei es politisch, kulturell oder sozial, passten. Immerhin schaffte es Margarete Reinhardt ins Stadtarchiv. Bis heute wurden in Karlsruhe keine starken Frauenpersönlichkeiten gewürdigt, die einer deklassierten Schicht angehörten. Es wird also Zeit, in Karlsruhe eine Frau aus der gesellschaftlichen Unterschicht zu würdigen. An ihrer ehemaligen Wirkungsstätte möchten wir mit dieser Platzbenennung an die starke, unangepasste Karlsruher Frau, Margarete Reinhardt, erinnern.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Lieber Mitch, du kannst dir sicher vorstellen, dass ich mit Frau Margarete Reinhardt sehr gerne einmal ein Bier getrunken hätte. Und du hast in deiner Rede jetzt auch Themen angesprochen wie zum Beispiel Altersarmut bei Frauen. Um die müssen wir uns heute noch kümmern, und da freue ich mich, dass wir hier in diesem Raum zumindest mehrheitlich an einem Strang ziehen.

Wir GRÜNE wollen Frauen sichtbar machen, auch indem wir eben Plätze, Wege oder Straßen oder auch Brücken und Säle nach ihnen benennen. Wir wollen Vorbildern Raum geben, die wegen ihrer herausragenden individuellen Leistungen und die wegen ihrem Verdienst auffallen und deren Bedeutung nach Gemeinwohl, Sachkenntnis, Tatkraft und Tragweite für das Gemeinwohl zu bemessen sind. Auf diese Kriterien hat sich der Gemeinderat geeinigt. So hat er sie festgelegt, weil ja, es muss öffentlich sichtbar werden, dass Frauen wesentliche Beiträge zur sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Entwicklung in dieser Stadt geleistet haben. Die erhebliche Schiefelage bei der Benennung von öffentlichen Räumen nach Männern wollen wir GRÜNE dadurch abmildern, dass zukünftig grundsätzlich verdienstvolle Frauen berücksichtigt werden, und darauf haben wir uns ja auch hier gemeinsam geeinigt.

Und auch wenn Frau Margarete Reinhardt eben eine sehr schillernde, und du hast sie auch als eine sehr spannende Person beschrieben, also eine sehr spannende Person war und eben ich, wie gesagt, wirklich gern mit ihr einmal ins Gespräch gegangen wäre und sicher auch den ein oder anderen Themenimpuls von ihr bekommen hätte für unsere Arbeit hier, kommen die Expert*innen im Stadtarchiv nach Prüfung zum Ergebnis, dass sie als Namenspatin unsere Kriterien nicht erfüllt. Und diesen Expert*innen folge ich. Und wenn ich mir die Stellungnahme ansehe, dann ist es ja auch klar, dass wir eins nicht wollen. Wir wollen kriminelle Energie nicht irgendwie romantisieren, vielleicht ich persönlich schon, aber wir reden hier ja jetzt vom Gemeinderat. Und dennoch danke für diesen Antrag. Ich rede immer gern über spannende Menschen, vor allem über spannende Frauen und über spannende FINTAs, also Frauen, Inter-, non-binäre, Trans- oder Agender-Personen. Und wir sollten auch weiter Anregungen und Vorschläge für die Namensliste einbringen. Wir GRÜNE werden das tun. Wir haben das in den vergangenen Jahren regelmäßig getan. Und so freuen wir uns zum Beispiel, dass in der renovierten Stadthalle ein Saal nach der ersten weiblichen Studentin hier an der Technischen Hochschule, heute KIT, und die erste approbierte Apothekerin in Deutschland benannt wird. Und diesen Weg wollen wir weitergehen, also den Magdalena-Neff-Saal in der Stadthalle.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Grundsätzlich bin auch ich der Auffassung, dass auch unbequeme Frauen einen Platz in der Geschichte verdient haben. Den hat Margarete Reinhardt auch bekommen, nämlich im Stadtlexikon, im Stadtarchiv. Aber worum geht es, wenn wir einen öffentlichen Platz in unserer Stadt, sichtbar für jeden Bürger und jede Bürgerin, mit dem Ziel auch, dass die Menschen sich mit dem Namensträger, der Namensträgerin identifizieren, dahinterstehen können, ja würdigen wollen? Wir wollen Persönlichkeiten würdigen, die sich entweder als Kinder dieser Stadt oder zu Lebzeiten durch ihr Werk und ihr Wirken in besonders hervorgehobener Weise verdient gemacht haben, dem Gemeinwohl der Stadtgesellschaft oder auch der Stadt Karlsruhe Besonderes geleistet haben, sich eingesetzt haben. Und da tun wir Christdemokraten uns sehr schwer, Margarete Reinhardt zu vergleichen, beispielsweise mit einer Toni Menzinger oder einer Hanne Landgraf Anfang der 70er, die als zwei einzige Frauen im Landtag saßen, oder einer Luise Rieger, die eine besondere Frauenrechtlerin war und sich vor allem für die Belange von Frauen und Mädchen stark gemacht hat.

Auch diese Frauen sind angeeckt für ihr Engagement. Oder Henriette Obermüller, badische Revolutionärin, die im Prinzip hier gegen die Obrigkeit gekämpft hat, aber in der Überzeugung einer aufrechten Demokratin. Wenn wir uns diese Liste der besonderen Frauen unserer Stadt ansehen, nach denen wir Plätze und Straßen benannt haben, dann passt eine verurteilte Straftäterin eben nicht in dieses Dogma, und nicht, weil sie eine Prostituierte war, sondern weil sie beispielsweise auch beim Herstellen von Falschgeld mitgemacht hat. Und wer Falschgeld herstellt, der nimmt auch in Kauf, dass Menschen, die dieses Falschgeld bekommen, betrogen werden, dass Schaden angerichtet wird. Das heißt, das ist kein Bagatelldelikt mehr für uns. Und wie gesagt, wir möchten auch nicht dieses politische Signal aus diesem Haus heraus senden als Christdemokraten, dass wir Prostitution und die damit einhergehende schillernde Selbstdarstellung..., denn darum ging es Margarete Reinhardt. Sie hat nicht die Stadt Karlsruhe oder die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Karlsruhe, die Gesellschaft in irgendeiner Weise hervorgehoben oder unterstützt durch ihr Wirken, sondern sich letztlich selbst dargestellt. Und das konnte sie, das ist anzuerkennen, aber damit wollen wir sie nicht würdigen in dem Sinne, indem wir eine Straße oder einen Platz nach ihr benennen. Das werden wir nicht mittragen. Daher lehnen wir den Antrag ab.

Stadträtin Ernemann (SPD): Mich trifft jetzt das Los derjenigen, die an vierter Stelle das wiederholen müsste, was schon gesagt worden ist. Margarete Reinhardt wurde in Würzburg geboren, also eine fränkische Landsmännin von mir, unweit meiner Heimatstadt Würzburg. Mich würde nichts mehr freuen, als dass ich nach einer Würzburger Landsmännin hier einen Platz mitbenennen könnte, aber es geht in diesem Falle nicht. Margarete Reinhardt war, wie meine Kollegin Dogan schon gesagt hat, kriminell vorbestraft. Sie war Prostituierte, was per se ja noch kein Straftatbestand ist, aber Sie können von unserer Partei oder unserer Fraktion nicht erwarten, dass wir durch diesen Antrag, wenn wir dem zustimmen würden, eine Frau glorifizieren, die Prostitution glorifizieren. Das geht mit unserer Fraktion nicht. Margarete Reinhardt ist aus unserer Sicht nicht würdig, obwohl sie streitbar war. Streitbare Frauen sind gute Frauen, unbequeme Frauen, deshalb sind sie ja streitbar, aber bei aller Liebe, wir können dem Antrag nicht zustimmen. Und ehrlich gesagt, ich verstehe auch nicht, warum wir heute noch einmal hier im Gemeinderat darüber reden. Wir haben das schon in den Ausschüssen behandelt, und ich dachte eigentlich, dass die Einsicht bei deiner Fraktion so wäre, dass man den Antrag zurückzieht. Aber nein, jetzt sind wir halt hier und sind gefordert und herausgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Also wir stimmen dem Antrag nicht zu.

Stadträtin Böringer (FDP/FW): Ich mache es kurz, weil so viel schon gesagt worden ist und auch viel Richtiges gesagt worden ist. Wir begrüßen auch die Berücksichtigung von Frauen bei der Benennung von Plätzen und Straßen. Dabei haben wir allerdings, wie bereits schon ausgeführt, die entsprechenden Richtlinien zu beachten, die sich aus dem Leitfaden zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum in Karlsruhe ergeben. Die Benennung nach einer Person im öffentlichen Raum ist also die höchste Würdigung, die unsere Stadt für diese zu vergeben hat. Diesen Anforderungen genügt die vorgeschlagene Person der Margarete Reinhardt nicht, zumal sich, wie bereits viele schon gesagt haben, der Lebensweg auch durch eine gelegentliche, ich nenne es einmal strafrechtliche Relevanz, gezeichnet ist. Wir lehnen also den Antrag ab.

Stadtrat Seidler (AfD): Ja, sehr geehrtes Gremium, ich fasse mich kurz. Das meiste wurde gesagt, aber pikant ist, wenn ich jetzt die Darstellung der Stadt, die Unterlagen durchlese, dass Margarete Reinhardt mit dem Betrieb ihrer Hawaii Bar auch die Prostitution befördert hat. Dass sie als Frau von der Prostitution anderer Frauen profitiert hat, macht die Sache ja nicht besser. Prostitution wurde zwar vor 23 Jahren durch die damalige rot-grüne Bundesregierung legalisiert, aber die gesellschaftliche Ablehnung und auch in unserer Stadt, das haben wir ja neulich in Durlach im letzten Jahr erlebt, ist ja seitdem größer geworden. Es erschließt sich uns überhaupt nicht, wie man auf den Gedanken kommen kann, einen Karlsruher Platz nach einer ehemaligen Rotlichtgröße benennen zu wollen, danke schön.

Stadträtin Geißinger (Volt): Dass unbequeme Frauen gute Frauen sind, dem kann ich nur zustimmen. Ich werde mich auch kurz halten. Wir werden in dem Fall dem Antrag nicht zustimmen können, nicht, weil wir es nicht gut fänden, auch einmal ungewöhnliche Lebensläufe publik zu machen durch solche Benennungen, sondern einfach, weil es den Richtlinien nicht entspricht. Wir können gerne eine Richtliniendebatte noch einmal anstoßen. Das wäre, glaube ich, auch eine Sache, die man überlegen kann. Für den heutigen Tag ist es vielleicht auch so, dass wir jetzt den Antrag offensichtlich nicht zurückgezogen bekommen. Insofern würde ich sagen, ja, lassen Sie uns gerne abstimmen und gegebenenfalls an anderer Stelle noch einmal dieses Gespräch suchen. Vielleicht als Kontext auch, es gibt ja an diversen Stellen auch inzwischen Schilder, die eben gerade, sage ich einmal, verruchte Persönlichkeiten oder die inzwischen andere Informationen erhalten, auch mit gewissen Schildern in Kontext zu setzen. Auch solche Möglichkeiten sind uns ja gegeben.

Stadträtin Buresch (Die Linke): Wir unterstützen es, dass öffentliche Plätze nach Frauen benannt werden, denn die Zahl der Plätze ist zu gering. Wir unterstützen das auch, wenn Frauen keine klassische Vergangenheit haben, wenn sie nicht zur damaligen Oberschicht gehören oder gerade dann erst recht. Was mich stört, ist die Vergangenheit im Kontext Bordellbetrieb, denn dazu habe ich, haben wir, ich denke, da kann ich für die ganze Fraktion sprechen, eine klare Haltung. Wir finden den Gedanken richtig, mehr Frauen, mehr unbequemen Frauen einen Platz in dieser Stadt zu geben, und dafür müssen sie auch keine komplett weiße Weste haben. Das haben die Männer, nach denen Straßen und Plätze benannt werden, wohl auch nicht alle. Vielleicht sollten wir diese Liste auch einmal durchgehen. Allerdings ist es für mich trotzdem ein Unterschied, ob sie als Frau in einem Bordell arbeitet, auch aus Armut, oder dieses leitet und den Betrieb unterstützt. Hier ist für uns eine persönliche Grenze erreicht. Deswegen werden wir uns enthalten.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Vielleicht können wir uns einmal in einer kleinen Runde darüber unterhalten, wie wir die Besonderheit des Dörfles irgendwie sichtbarer machen können, und vielleicht ist dazu dieser Platz auch geeignet. Ein bisschen das aufgreifend, was Frau Geißinger gesagt hat, und ich sehe immer das Anliegen, was dahinter steht, nämlich diese doch besondere Szene in Karlsruhe irgendwie ein Stück weit zumindest einmal für interessierte Kreise sichtbar zu machen, vielleicht finden wir da einen anderen Weg auf diesem Platz, denn der wäre ja an sich gut dazu geeignet. Also lassen sie uns da einfach noch einmal darüber nachdenken, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
6. Dezember 2024